



Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFI
Einsteinstrasse 2
CH-3003 Bern

E-Mail an:
vernehmlassung.hbb@sbfi.admin.ch

Bern, 23. März 2015

**Änderung des Berufsbildungsgesetzes (BBG): Stärkung der höheren Berufsbildung
Stellungnahme des Schweizerischen Gemeindeverbands**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Januar 2015 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Stellungnahme unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der 1'650 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Gegenstand der Vernehmlassung ist eine Bundesunterstützung der Absolventinnen und Absolventen von eidgenössischen Prüfungen der höheren Berufsbildung ab dem Jahr 2017. Dies bedingt eine Änderung des Berufsbildungsgesetzes (BBG). Die Vorlage sieht einen Systemwechsel im Bereich der Finanzierung der höheren Berufsbildung vor. Neu sollen die Absolvierenden durch ein subjektorientiertes Subventionierungsmodell für Vorbereitungskurse von eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen direkt mit Bundesgeldern unterstützt und damit die Attraktivität der Prüfungen insgesamt erhöht werden.

Der SGV unterstützt den skizzierten Systemwechsel im Bereich der Finanzierung der höheren Berufsbildung, weil damit ein wichtiger Schritt hin zur besseren Positionierung und Stärkung der höheren Berufsbildung vorgenommen wird. Davon profitiert auch die öffentliche Verwaltung. Mit der höheren Berufsbildung verfügt die Schweiz über ein einmaliges Instrument der beruflichen Weiterqualifizierung, das ganz auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts abgestimmt ist. Personen mit Berufserfahrung erhalten die Möglichkeit, sich im Rahmen von eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen praxisnah weiterzubilden, um Fach- und Führungsverantwortung zu übernehmen. Nicht zuletzt kommt den Absolvierenden der höheren Berufsbildung vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels eine grosse Bedeutung zu.

Während jedoch die Studierenden an Hochschulen und höheren Fachschulen von umfangreichen öffentlichen Subventionen und damit von tieferen Semestergebühren profitieren, tragen die Absolventinnen und Absolventen der höheren Berufsbildung oder deren Arbeitgeber den Hauptteil der Kosten für die vorbereitenden Kurse der eidgenössischen Prüfungen.

Zurecht werden die teilweise markant höheren Studien- bzw. Kursgebühren für die Absolvierenden der höheren Berufsbildung von den Akteuren der Berufsbildung und von politischer Seite als Ungleichbehandlung gegenüber dem akademischen Weg kritisiert.

Der SGV begrüsst, dass der Bund mit der Neuregelung der Finanzierung hier Abhilfe schaffen und korrigierend ansetzen will. Das neue Finanzierungssystem ist aus Sicht des SGV insbesondere aus den folgenden Gründen zu unterstützen:

- Im Gegensatz zum heutigen relativ schwer überblickbaren Finanzierungssystem kommen die Beiträge mit der Neuregelung direkt allen Teilnehmenden zugute – unabhängig vom von der Wahl des Kursangebots oder der im Wohnsitzkanton entsprechenden geltenden Regelung
- Mit dem neuen Finanzierungssystem werden die Teilnehmenden durch die vom Bund ausbezahlten Zuschüsse direkt entlastet
- Die freie Auswahl der Kursangebote durch die Teilnehmenden bleibt gewährleistet
- Die Kursangebote für die eidgenössischen Prüfungen sind auch mit dem Systemwechsel weiterhin nicht staatlich reglementiert

Aus Sicht des SGV liegt mit dem subjektorientierten Finanzierungsmodell eine durchdachte Lösung vor, welche die Attraktivität der eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen insgesamt erhöht. Es ist davon auszugehen, dass mit der schweizweit einheitlichen finanziellen Unterstützung der Absolvierenden von eidgenössischen Prüfungen die Nachfrage nach solchen Abschlüssen positiv beeinflusst wird.

Auch die öffentliche Verwaltung hat ein vitales Interesse an gut qualifizierten Mitarbeitenden. Der SGV setzt sich als Gründungsmitglied des Vereins HBB öV bzw. der Prüfungsträgerschaft der eidgenössischen Berufsprüfung „Fachfrau/Fachmann öffentliche Verwaltung“ mit Nachdruck dafür ein, dass die höhere Berufsbildung auch für die öffentliche Verwaltung der Gemeinden, Kantone und Bund sichergestellt wird und dass die Verwaltungsmitarbeitenden schweizweit anerkannte Berufsabschlüsse erlangen können.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.
Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gemeindeverband

Präsident

Direktor



Hannes Germann
Ständerat



Reto Lindegger